



Interview Roland Reichenbach | Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft, Universität Zürich | DANIEL FLEISCHMANN

Demokratie heisst, Gemeinschaft zu erleben und Dissens zu ertragen

Kinder können am Ende ihrer Schulzeit die drei Gewalten im Staat unterscheiden. Das ist eine von vielen Vorgaben im Lehrplan 21 zur demokratischen Bildung. Auch Menschenrechte oder nachhaltige Entwicklung sollen thematisiert werden. Roland Reichenbach relativiert zu hohe Erwartungen. Für guten Demokratieunterricht stehe zu wenig Zeit zur Verfügung – es sei denn, die Lehrperson nimmt sie sich.

Demokratien durchlaufen schwierige Zeiten: Corona oder Klimakrise offenbaren ihre Grenzen, Fake News gefährden sie. Wie wichtig ist Demokratiebildung heute?

Sehr wichtig. Aber lassen Sie mich zwischen Demokratie als Lebensform, als Gesellschaftsform und als Staatsform unterscheiden. Die demokratische Lebensform bildet – nach John Dewey – die Grundlage der demokratischen Staatsform. Ich sehe sie in unseren Breitengraden kaum in Gefahr: Das Ideal der symmetrischen Kommunikation ist in Familien und Partnerschaften weitgehend realisiert. Ähnliches gilt für die Staatsform. Auf der Ebene der Gesellschaftsform – Ihr Stichwort Fake News – sehe ich hingegen ein beängstigendes Schwinden des Interesses an der res publica. Das Zürcher Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft hat 2019 erhoben, dass sich 56 Prozent der Personen unter 30 nicht über traditionelle Medien informieren, sondern nur über Facebook, Twitter und Co. Zehn Jahre zuvor lag diese Zahl noch bei 36 Prozent. Die Pointe: 80 Prozent dieser

Gruppe glauben den Nachrichten in den Social Media gar nicht. Das ist, mit Verlaub, Zeichen einer Bullshit-Kultur: Den Informationen, die man konsumiert, glaubt man nicht, aber wie es sich verhält, will man auch nicht wissen. Die Menschen müssen sich ja nicht politisch engagieren, aber sie könnten wenigstens halbwegs interessierte Zuschauer sein.

Dann braucht es sogar mehr Demokratiebildung?

Durchaus, und man kann damit schon in der ersten Klasse beginnen. Das Problem ist nur, dass auch viele andere Dinge mehr Bildung verdienen: Religiöse Themen, die neue Relevanz haben, Ästhetik, Ökonomie, Technik, Naturwissenschaft. Die Schule ist normativ überdeterminiert – zu viel des Guten, zu wenig Zeit. Gleichzeitig sehe ich eine implizite Demokratieförderung in unseren Schulen. Mathematik, Naturwissenschaften, Sprachen, sie alle orientieren sich am Grundsatz intersubjektiver Gültigkeit. Das hat eine anti-indoktrinäre Bedeutung. Die Lehrperson kann nicht sagen, dass zwei und zwei fünf gibt, nur weil sie vorne steht. Dadurch trägt die Schule wohl mehr zur Demokratie bei, als man denkt. Man sollte das Politische nicht auf eine eng verstandene Partizipation verkürzen.

Es gibt Lehrpersonen, die genau das betonen; sie handeln mit den Schülerinnen und Schülern zum Beispiel Klassenregeln aus. Das ist oft ein Pseudodiskurs, weil die Lehrerinnen und Lehrer ja



Lieselotte Bawley

wissen, wie eine gute Klassenordnung aussehen soll. Es gibt interessante Versuche, das Schulleben zu demokratisieren, die «Just Communities» von Lawrence Kohlberg etwa. Aber das Resultat überzeugt am Ende weniger. Es ergibt Sinn, wenn man mit kleinen Kindern diskutiert, wie man den Pausenhof gestalten könnte oder wie die Älteren mit den Jüngeren umgehen sollen. Da lernen sie viel. Aber sobald sie in die Pubertät kommen, werden ihnen diese Themen meist gleichgültig, weil man über die wichtigsten Dinge ohnehin nicht abstimmen kann. Auf dieser Stufe ist ein Fachunterricht vorzuziehen, in dem die Jugendlichen die wichtigsten Organe und Prozeduren demokratischer Staatswesen kennenlernen.

Eine solche Institutionenlehre sei für junge, an sich politikinteressierte Jugendliche kompliziert und langweilig, sagte der ehemalige LCH-Zentralpräsident Beat Zemp.

Gerhard Himmelmann hat da nützliche Unterscheidungen getroffen. Auf der Grundstufe solle das Gewicht auf der demokratischen Lebensform liegen. Hier lernen Kinder die interpersonalen Handlungsformen kennen. Wie redet man miteinander? Wird man darauf aufmerksam gemacht, wenn man den anderen kränkt? Nimmt man die anderen ernst? Diese soziomoralische Erziehung ist ein Fundament des demokratischen Zusammenlebens, sie fördert den Gemeinsinn. Ab Zyklus 3 steht dann die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft im Zentrum. Diese umfasst ganz unterschiedliche und zum Teil sich widerstrebende Vorstellungen von Gemeinschaftlichkeit; im Zentrum stehen also Pluralität und Dissens – in Bezug auf Religion, Expressionsformen, Ästhetik, Politik. Das interessiert die Jugendlichen und schützt sie hoffentlich davor, einfache Antworten zu suchen und Führungsfiguren hinterherzulaufen.

Dann stehen im Zyklus 3 eher politische Konflikte im Vordergrund?

Ja, denn Demokratie und Politik haben immer mit Interessenkonflikten zu tun. Demokratie lernen heisst, zu erkennen, dass es zwar ein gemeinsames Verständnis über demokratische Institutionen und Prozeduren gibt, aber auch unterschiedliche Interessenlagen, die man nicht immer diskursiv lösen kann. Manchmal kann man in Verhandlung treten, die zu einem Ergebniskonsens führt. Und manchmal muss ein Gericht entscheiden – oder eben die Mehrheit. Bedeutsam ist, dass die Mehrheit keinen Wahrheitsanspruch geltend machen kann. Erdulden zu können, dass man unterliegt, obwohl man sich im Recht wähnt, gehört auch zur demokratischen Bildung, zu ihrer, wie ich finde, unterschätz-

ten affektiven Seite. Diese ist bedeutsam, wenn auch ambivalent, denn Bürgerinnen und Bürger politisch zu instrumentalisieren, heisst vor allem, ihre Emotionen zu manipulieren.

Ein Fach Staatskunde existiert nicht. Béatrice Ziegler vom Zentrum für Demokratie Aarau hat politische Projektwochen für die 8. und 9. Klassen vorgeschlagen. Eine gute Idee?

Angesichts der geringen verfügbaren Zeit finde ich diesen Vorschlag sehr gut und realistisch. Er ist bedeutend besser als der Versuch, demokratische Bildung fächerübergreifend zu vermitteln, wie es heute zumeist versucht wird: Ein bisschen Politik mal hier, mal da – das vernichtet den Einblick, ist zu oberflächlich und kaum nachhaltig. Aber Modelle sind nur das eine; denn guter Unterricht hängt vor allem von der Lehrerin ab, auch zum Thema Demokratie. Wir sollten zugeben, dass nicht jeder Lehrer politische Themen ausreichend mag; wie sollte er dann die Unterschiede der drei Gewalten auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene auf lebendige Weise vermitteln? Vielleicht lässt er es besser ganz und bringt seine Begeisterung für die Natur oder ästhetische Fragen in den Unterricht ein.

Demokratie und Menschenrechte werden im Lehrplan 21 unter die Leitidee der nachhaltigen Entwicklung gestellt. Leuchtet Ihnen diese Verbindung ein?

Überhaupt nicht. Nachhaltige Entwicklung ist ein wichtiges Anliegen. Im Lehrplan 21 wird die Begrifflichkeit aber geradezu beliebig verwendet. Sie mutet wie eine Überredungsvokabel an: Weil man nichts gegen nachhaltige Entwicklung und Demokratie haben kann, müssen sie – irgendwie – zusammenhängen. Solche Verknüpfungen deuten eher an, dass man sich mit der Problematik der demokratischen Lebens- und Staatsform zu wenig beschäftigt hat. Könnte es nicht sein, dass Demokratie für das Anliegen der nachhaltigen Entwicklung gar ein Problem darstellt? Wäre eine (oligarchische) Expertokratie nicht viel handlungsfähiger? Demokratie ist eben keine perfekte Staatsform, nur die am wenigsten schlechte, wie lange vor Churchill schon Aristoteles bemerkte.



Prof. Dr. Roland Reichenbach ist Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich. Er habilitierte zur Demokratiebildung; sein jüngstes Forschungsprojekt fragte nach der «Politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft».

Inhalt

1–2 **Interview** | Prof. Dr. Roland Reichenbach

4–11 **Praxisbeispiele**
Unterrichtsmaterialien, Angebote und
Initiativen zur Demokratiebildung

12–13 **Fokus**
Fakten, Werte und Debatten: Bildung für
Nachhaltige Entwicklung und Demokratie

14 **Neue Bildungsangebote**

15 **Aktuell**
Schule im Aufbruch

16 **Seitenblick**
Klimastreik: Ein salomonisches Urteil

Impressum

Herausgeberin éducation21, Monbijoustrasse 31, 3011 Bern, T 031 321 00 21, info@education21.ch | **Erscheinungsweise** Nummer 3 von September 2021 | jährlich 3 Ausgaben | **Publikation und Koordination** Lucia Reinert | **Redaktion** Daniel Fleischmann, Isabelle Bosset, Lucia Reinert, Zélie Schaller | **Übersetzungen** ITSA | **Fotos Titelseite** Marion Bernet, Andreina Ravani, Campus Demokratie | **Layout und Produktion** Stämpfli AG | **Auflage** 13961 Deutsch, 12239 Französisch, 2033 Italienisch | **Druck** Stämpfli AG | **Abonnement** Das Abonnement ist ein kostenloses Angebot für alle an BNE interessierten Personen in der Schweiz. Bestellung auf www.education21.ch > Kontakt. Facebook, Twitter: education21ch, #e21ch | ventuno@education21.ch | **ventuno online** www.education21.ch/de/ventuno

éducation21 Die Stiftung éducation21 koordiniert und fördert Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schweiz. Sie wirkt im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), des Bundes und der Zivilgesellschaft als nationales Kompetenzzentrum für die Volksschule und die Sekundarstufe II.



Editorial

Demokratiebildung gehört auch in die Schule

Wenn es Bäumen schlecht geht, bilden sie viele Früchte. Gilt das auch für die Demokratie? Die Zahl der Initiativen zur Demokratiebildung ist gross und schwer zu überblicken, viele kommen und gehen. Besteht ein Grund zur Sorge?

Ja, denn Demokratie muss sich, so stabil ihre Institutionen in der Schweiz sind, stets neu bewähren und täglich gelebt werden. Ein Blick in die Nachrichten genügt, um zu erkennen, wie verletzlich Demokratie ist. Demokratiebildung ist eine erzieherische Aufgabe. Ein Teil davon gehört in die Schule.

Ähnlich sehen es auch die zuständigen Behörden. Der Bundesrat stellte 2019 fest, dass die Schweiz gefordert sei, die Demokratie auf allen Staatsebenen national und international zu stärken. Dazu habe auch die politische Bildung ihren Beitrag zu leisten. Im gleichen Jahr haben Bund und Kantone die politische Bildung in ihrer Erklärung zu den gemeinsamen bildungspolitischen Zielen für den Bildungsraum Schweiz verankert.

Mit dem «Internationalen Tag der Demokratie» vom 15. September erhält das Anliegen einen weiteren Impuls. Der Tag wurde von der UNO ausgerufen und wird in der Schweiz vom Campus Demokratie getragen. Auch Lehrpersonen können mit ihren Klassen daran teilnehmen. Viele Ziele der Demokratiebildung entsprechen den Anliegen der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE): Partizipation, Perspektivenwechsel, Werteorientierung, Verantwortung.

Demokratiebildung ist aber nicht anspruchslos. Das Thema hat kein eigenes Fach und wird in den Stundentafeln der Kantone nur vereinzelt genannt. Als Fisch in den grossen Teichen von «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG) und «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» (ERG) droht es übersehen zu werden. Nach Auffassung von Fachleuten ist es zudem schlecht verankert in der pädagogischen Aus- und Weiterbildung.

Dennoch gibt es zahlreiche gelungene Beispiele. Eines davon schreibt Raphael Schmucki gerade. Als Kind ging er bei Heidi Gehrig in die Schule, einer Pionierin der Demokratiebildung in der Schweiz. Jetzt wird Schmucki selber Lehrer, seine Masterarbeit heisst «Demokratiepädagogik». Diese und viele weitere Geschichten finden Sie, liebe Leserin, lieber Leser, in diesem Heft. Lassen Sie sich für die Demokratiebildung inspirieren – ich wünsche Ihnen gutes Gelingen!

www.tagderdemokratie.ch



Klára Sokol, Direktorin éducation21